

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Petra Pau, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4201 –**

Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus erstellen

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. erinnert daran, dass sich die Bundesregierung in der Abschlusserklärung der „Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“ (2001) in Durban verpflichtet hat, „im Benehmen mit den nationalen Menschenrechtsinstitutionen, anderen durch Gesetz geschaffenen Institutionen zur Bekämpfung des Rassismus und mit der Zivilgesellschaft Aktionspläne auszuarbeiten (...)“.

Sie fordert nunmehr die Vorlage eines Nationalen Aktionsplans (NAP) gegen Rassismus. Ebenso wird die Bundesregierung darauf hingewiesen, dass sie sich verpflichtet hat, bei der Erstellung eines Nationalen Aktionsplans Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einzubeziehen. Auf Wunsch der Antragstellerin soll es nunmehr unter Abschnitt II Nr. 1. des Antrags „bis Oktober 2007“ heißen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4201 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4201 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Kristina Köhler (Wiesbaden)
Berichterstatterin

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Gisela Piltz
Berichterstatterin

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Kristina Köhler (Wiesbaden), Gabriele Fograscher, Gisela Piltz, Sevim Dağdelen und Josef Philip Winkler

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/4201** wurde in der 88. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. März 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 67. Sitzung am 13. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 52. Sitzung am 13. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 36. Sitzung am 13. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 37. Sitzung am 12. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 38. Sitzung am 13. Juni 2007

mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/4201 in seiner 44. Sitzung am 13. Juni 2007 abschließend beraten und empfohlen, ihn mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen. Zuvor hat die Fraktion DIE LINKE. auf ihren Antrag auf Ausschussdrucksache 16(4)229 hingewiesen, dass in Abschnitt II Nr. 1 die Wörter „bis zum 1. Juni 2007“ durch die Wörter „bis Oktober 2007“ ersetzt werden sollen.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** lehnen den Antrag ab. Die Bundesregierung werde ihrer Verpflichtung aus der Weltkonferenz 2001 in Durban nachkommen. Ein NAP sei insbesondere unter Beteiligung des „Forums gegen Rassismus“ in Arbeit; ein entsprechender Entwurf werde spätestens zum 31. Dezember 2007 vorliegen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legt dar, dass ihr Antrag auch auf die Gründung eines neuen Arbeitsgremiums gerichtet gewesen sei. Diesem Wunsch sei die Bundesregierung aber noch nicht nachgekommen, deshalb habe sich der Antrag auch nicht erübrigt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hält die Schaffung eines neuen Arbeitsgremiums für zu kostspielig und überflüssig. Die Erstellung eines NAP verlief zudem planmäßig. Dies sei eine positive Signalwirkung im Kampf gegen Rassismus.

Die **Fraktion der FDP** moniert insbesondere, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. verspätet sei. Sie habe bereits 2006 selber einen derartigen Antrag gestellt. Insgesamt gehe der Antrag der Fraktion DIE LINKE. aber in die richtige Richtung.

Berlin, den 13. Juni 2007

Kristina Köhler (Wiesbaden)
Berichterstatlerin

Gabriele Fograscher
Berichterstatlerin

Gisela Piltz
Berichterstatlerin

Sevim Dağdelen
Berichterstatlerin

Josef Philip Winkler
Berichterstatler

